Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 4.00 durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 14.40, monatlich Mark 4.80.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 11g. Colonnenzeile 80 Pfg., auswärts 120 Pfg., einschließlich Anzeigensteuer, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.00 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12266.

Tageblatt · enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Gerichtsstand: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 9. **Mittwoch, den 12. Januar 1921.** **74. Jahrg.**

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft und der unterzeichneten Stadträte vom 27. September 1919 und 13. Januar 1920, durch die die Veranstaltung öffentlicher hypnotischer und solcher Vorstellungen, in denen es sich um Einwirkungen auf Menschen mittels Suggestion, Magnetismus und ähnlichen Methoden handelt, verboten worden ist, wird hierdurch bekannt gegeben, daß dieses Verbot auch auf solche öffentliche Ankündigungen des **Unterrichts** in Hypnose, Magnetismus und ähnlichen Methoden ausgedehnt wird, in denen die Vornahme von Versuchen dieser Art an Menschen angezeigt wird.

Jede Zuwiderhandlung gegen das Verbot derartiger Ankündigungen wird, soweit nicht höhere Strafbestimmungen Anwendung zu finden haben, mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Schwarzenberg, Aue, Eibenstock, Lößnitz, Schneeberg und **Neustädtel,** den 7. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte vorgenannter Städte.

Belieferung des Abschnittes 46 der Bezirksnährmittelkarte.

Von den angemeldeten Nährmittelkarten der Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Zwickau und Werdau einschließlich der revidierten Städte Crimmitschau, Werdau und Kirchberg wird beliefert:

Abschnitt 46 der Karten A, B und C mit je 100 gr **Grieß** zu 40 Pfg.

Die Belieferung der Abschnitte 46 durch Konsumvereinsstellen und Kleinhändler darf **nicht** vor dem 13. Januar 1921 und nur gegen Hingabe des Bezugsabschnittes erfolgen.

Zwickau, den 8. Januar 1921.

Die Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Zwickau und Werdau.

Aue. Hausarbeiterverzeichnisse.

Unter Hinweis auf die in Nr. 190 des Erzgeb. Volksfreundes vom 19. August 1919 erschienene Bekanntmachung werden die beteiligten Gewerbetreibenden daran erinnert, daß die Hausarbeiterverzeichnisse bis **spätestens 15. Februar 1921** bei der Polizeibehörde einzureichen sind.

In die Hausarbeiterverzeichnisse sind auch solche Personen aufzunehmen, die z. B. als **Beamtenfrauen** oder Angehörige der **sogenannten besseren Stände** auf den Erwerb aus der Heimarbeit nicht unbedingt angewiesen sind, solche aber tatsächlich verrichten.

Vordrucke zu den Verzeichnissen sind bei der Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H. in Aue (Auer Tageblatt) erhältlich.

Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Aue, den 8. Januar 1921.

Der Rat der Stadt. Gewerbeamt.

Die Sparkasse

hat Gelder zur mündelsicheren Ausleihung zur Verfügung.

Sparkasse Bernsbach.

Gemeinschaftliches Mieteinigungsamt Schwarzenberg.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß nach ergangener Verordnung des Ministeriums des Innern — Landeswohnungsamt — alle im Verfahren vor den Einigungsämtern verwendeten **Vollmachten** und hierbei abgeschlossenen **Vergleiche** der sächsischen Stempelsteuer unterliegen.

Schwarzenberg, am 8. Januar 1921. **Das Gemeinschaftliche Mieteinigungsamt.**

Ortskrankenkasse Aue.

Von **heute ab** tritt ein **VIII. Satzungsnachtrag** in Kraft, von dem in den nächsten Tagen Druckstücke an Kassenstelle in Empfang genommen werden können. Nach diesem Nachtrag werden der Höchstbetrag für **Heil- und Hilfsmittel** von 100 auf **150 M.** erhöht und von der Kasse für **Ehefrauen** und **Kinder** der Mitglieder, die **Hälfte** der Kosten für **Arznei** und **kleinere Heilmittel** für längstens 13 Wochen getragen. Voraussetzung für letztere Kostenübernahme ist indessen, daß die ärztlichen Verordnungen vor der Vorlegung in der Apotheke usw. an Kassenstelle zur Abstempelung vorgelegt werden.

Weiter geben wir hinsichtlich der **Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung** unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen des Verbandes von Ortskrankenkassen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 3. und 6. d. Mts. bekannt, daß nach neuerlichen an die Einzugsstellen ergangenen Anweisungen die um das Doppelte erhöhten Beiträge bereits **vom 29. November 1920 ab** einzuheben sind.

Aue, den 10. Januar 1921.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung.
— Einzugsstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen —
Alfred Fritzsche, Vorsitzender.

Die polnische Bedrohung Oberschlesiens.

Berlin, 10. Jan. Ueber die polnischen Truppenzusammenziehungen an der deutschen Ostgrenze wird berichtet: Während vor drei Monaten an der gesamten polnischen Westgrenze von Oberschlesien bis zur Ostsee nur 5700 Grenzwachtreiter standen, beträgt jetzt die Zahl der polnischen Grenzkräfte einschließlich der irregulären Formationen allein Oberschlesien gegenüber 17 000 Mann. Dazu kommen seit November zwei von der russischen Front abgezogene Divisionen und starke Truppenzusammenziehungen in Polen, so daß die Gesamtzahl der Truppen bereits 100 000 Mann überschreitet. Da weitere vier Divisionen nach der Westgrenze verlegt werden sollen, wird die Truppenmenge demnächst auf 170 000 Mann angewachsen sein. Zudem bestehen die polnischen Bürgerwehren in den Grenzgebieten weiter. Die deutsche Regierung hat, da die Ententetruppen in Oberschlesien unter diesen Umständen als genügender Schutz nicht gelten können, die Regierungen von London, Paris und Rom auf das **Bedrohliche** der Lage hingewiesen und die polnische Regierung auf die möglichen Folgen seiner Truppenzusammenziehungen aufmerksam gemacht.

Berlin, 10. Jan. Meldungen aus Oberschlesien sprechen die Befürchtung aus, daß bereits am nächsten Sonntag, den 16. Januar der langvorbereitete polnische Einbruch erfolgen werde. Man hat polnische Botschaften aufgefangen, die diesen Termin nennen.

Der Zwist der Radikalen.

Kommunisten und Unabhängige, einst kaum mit der Lupe voneinander zu unterscheiden, stehen sich jetzt mit den Gefühlen gegenüber, die zwischen der Katze und dem Hund herkömmlich sind. Die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, erblickt seit einiger Zeit ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der „vereinigten" Kommunisten, und die „Rote Fahne" bleibt ihr die Antwort nicht schuldig. Beispielsweise werden in einer der letzten Nummern der „Freiheit" die Kommunisten als „Schädlinge und Zerstörer" gekennzeichnet. Der „Roten Fahne" wurde nachgesagt, daß sie sich durch ihre Darstellung der Flensburger Vorgänge, die tatsächlich zu den wirklichen Ereignissen wie die Faust aufs Auge paßte, „selbst entlarvt" habe. Und damit noch nicht genug, wurden die Kommunisten als die „Förderer der Reaktion" und „Gefährder der Selbstverwaltung" an den Pranger gestellt. Dazu kommt dann noch ein Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Partei, in der den Kommunisten vorgeworfen wird, daß sie die gewerkschaftliche Kundgebung der Eisenbahner durchkreuzten. Die Unabhängigen hatten nämlich für Sonntag zu einer Kundgebung der Eisenbahner im Lustgarten aufgefordert. Flugs erließen die Kommunisten einen Aufruf zu einer Demonstration „gegen den Flensburger Mord" zur gleichen Zeit und am gleichen Ort. Gewitzigt durch frühere unliebsame Erfahrungen, sieht sich deshalb die Unabhängige Partei genötigt, ihre Kundgebung abzubestellen. In der Erklärung des Bezirksverbandes wird gesagt:

„Die V. K. P. D. hat bereits die Demonstration unserer Partei, gegen den weißen Schrecken in Ungarn, durch Skandalszenen zu stören versucht. Da anzunehmen ist, daß die Kommunisten auch ihre Demonstration am Sonntag zu Zwecken auszunützen versuchen, die das Gesamtinteresse des sozialistischen Proletariats schädigen, ersuchen wir unsere Mitglieder und die mit der U. S. P. sympathisierende arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins, der geplanten kommunistischen Demonstration im Lustgarten fern zu bleiben."

Man sieht, daß die Unabhängigen auch in diesem Falle, genau wie bei der Tribünendemonstration in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, als die Kommunisten den Unabhängigen und ihrem Vertrauensmann Dr. Weyl auf der Nase herumtanzten, den Platz räumen. Ihre Rückzugskanonade ist reichlich lärmend, läßt aber allzusehr die Konsequenz vermissen. Denn sobald es zur Entscheidung kommt, lassen sich die Unabhängigen doch wieder von ihren feindlichen Brüdern ins Schlepptau nehmen.

In folgender Ausgabe setzt die „Freiheit" den Kampf gegen die Kommunisten mit verschärften Mitteln fort. Die „Rote Fahne" hatte die verschiedenen Arbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen Aktion im Interesse radikaler Arbeiterforderungen eingeladen. Dazu schreibt die „Freiheit":

„Dieses Ablenkungsmanöver ist ebenso durchsichtig wie lächerlich und hat nur die eine Bedeutung, daß es den vollständigen Konkurs der sogenannten kommunistischen Massenpartei ohne Massen enthüllt. Es ist das Eingeständnis, daß diese großmäuligen Prahlhänse, die sich nach Halle gebrüstet haben, innerhalb kurzer Monate die Revolution zum Siege zu führen und die Diktatur zu errichten, völlig unfähig sind, allein auch nur die kleinste Reform durchzusetzen, weil die Arbeiter von dieser Führung nichts wissen wollen. Es ist weiter das Eingeständnis, daß es eine bewußte Lüge der kommunistischen Führer gewesen ist, die Unabhängige Sozialdemokratie begehe Verrat, weil sie für einzelne bestimmte Forderungen der Arbeiterklasse zum Kampf aufrief. Ebenso entlarven sie sich als bewußte Lügner und Schwindler, indem sie alle diejenigen zu gemeinsamem Handeln mit ihnen anflehen, die sie ununterbrochen im Jargon Sinowjews als Agenten der Bourgeoisie und als konterrevolutionäre Schurken beschimpfen. Diese Einladung brandmarkt sie als elende Verleumder. Es ist aber klar, daß es diesen Leuten in Wirklichkeit nicht im geringsten um die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu tun ist. Sie wollen die Parteien und die Gewerkschaften, die sie eben erst als Weißgardisten, schlimmer als die Orgeschleute, beschimpft haben, als Vorspann für ihren steckengebliebenen Parteikarren benutzen. Ist der erst wieder flott geworden, so werden sie sehr rasch, wie sie es stets getan haben, den Mitkämpfern in den Rücken fallen."

Diese Auslassungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. In unserer weiteren Umgebung haben wir übrigens ein ähnliches Schauspiel. Volksstimme und Kämpfer geben den beiden genannten Blättern nichts nach.

• • •

Warnung vor Putschparolen.

Berlin, 10. Jan. Der Vorstand der mehrheitssozialistischen Partei nahm eine Erklärung an, in der es heißt: Die sozialdemokratische Partei wünscht nichts dringender, als die Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariates, die von den Kommunisten verbrecherischerweise zerstört worden ist. Die sozialdemokratische Partei warnt ihre Anhänger aufs nachdrücklichste, Putschparolen, welche nur zur Verschärfung unserer Niederlage führen, Folge zu leisten.

• •

Eine Arbeitsgemeinschaft von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Wie das Zentrumsblatt, „Die Glocke", berichtet, sprach Zentrumsabgeordneter Fleischer in Gütersloh vor über 4000 Zentrumswählern aus dem Kreise Wiedenbrück über den Versailler Frieden. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse stehe der Friedensvertrag vor seiner Revision. Zu dieser Revision könne das deutsche Volk nur dann beitragen, wenn es eine Einheitsfront, eine Arbeitsgemeinschaft von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten bildete. Fleischer erklärte, daß er sich für diese Idee einsetzen wolle und daß er ihre Verwirklichung nicht für eine Illusion halte.

Noch keine Einigung mit den Eisenbahnern.

Berlin, 10. Jan. Die unzureichenden Zugeständnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung veranlaßten den erweiterten Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, vor der endgültigen Beschlußfassung über das Verhandlungsergebnis mit der Regierung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen.

Berlin, 10. Jan. Vor dem Schloß fand am Sonntag eine Kundgebung von etwa 4000 Eisenbahnern und Postunterbeamten statt, die gegen die erfolgte Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnbeamten protestierte. An den heftigen Hetzreden beteiligte sich auch der bekannte Elektrizitätsarbeiterführer Sylt, der den Eisenbahnern mitteilte, daß die Elektrizitätsarbeiter bei einem Streik der Eisenbahner sofort in einen Sympathiestreik eintreten würden. Die Kundgebung verlief im Übrigen ohne Zwischenfälle.

• •

Zur Sozialisierung des Bergbaues.

Duisburg, 10. Jan. In einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund einberufenen von etwa 1500 Personen besuchten Vertrauensmännerversammlung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet sprach der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Abg. Imbusch-Essen über die Sozialisierung des Bergbaues. Er bekannte sich als Gegner gewaltsamer Experimente und berichtete über die verschiedenen Sozialisierungsvorschläge, kam in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten der Sozialisierungskommission zu sprechen und bezeichnete als Programmpunkte, die nach seiner Ansicht und derjenigen seiner Freunde augenblicklich richtig seien, die folgenden: 1. Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgesamtheit übergeführt. 2. Die Ausbeutung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen. 3. Von den Besitzern wird für die Ueberlassung der Bodenschätze zur Ausbeutung eine dem Wert der Lagerstätten angepaßte Abgabe erhoben. 4. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren. 5. Die Zusammenfassung des Bergbaues auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes ist beizubehalten und auszubauen. Weiter wird verlangt, daß unverhältnismäßig hohe Gewinne der Volksgesamtheit dienstbar gemacht werden, daß für die Arbeiter und Angestellten eine befriedigende Stellung im Betriebe geschaffen und das Betriebsrätegesetz sinngemäß durchgeführt und verbessert wird. In Bezug auf die kleinen Aktien bemerkte Imbusch, ihre Einführung sei aus volkswirtschaftlichen Gründen im Interesse der notwendigen Kapitalbildung nicht zu umgehen. Sie habe aber auch eine große soziale Bedeutung.

Die 450. deutsche Note.

Genf, 10. Jan. „Echo de Paris" meldet, daß eine deutsche Erwiderung gegen das Verbot des deutschen Luftschiffbaues bei der Friedenskonferenz eingegangen ist. Die Note stellt die 450. deutsche Eingabe seit dem Versailler Vertrage dar.

Wenn Deutschland so oft zu Eingaben und Noten gezwungen war, so beweist das bloß, in wie viel Fällen unsere Gegner durch willkürliche und gehässige Auslegung des Versailler Vertrages unsere Lebensnotwendigkeiten bedroht haben.

Berlin, 10. Jan. Beim Auswärtigen Amt ist eine neue französische Note eingetroffen, die sich mit der Milchbelieferung für die besetzten Gebiete befaßt.

•

Drohung mit der Besetzung Bayerns.

London, 10. Jan. In der Entwaffnungsfrage beschäftigt sich die englische Presse neuerdings mit dem vom „Manchester Guardian" gemachten Vorschlag, die Entente solle, um ein renitentes Bayern zu strafen, nicht das Ruhrgebiet, sondern Bayern selbst besetzen.

Ueber zukünftige Seekriege.

Der Vertreter des Hearst-Syndikats, v. Wiegand, hatte eine Unterredung mit dem Admiral Scheer über die Zukunft des Flottenkrieges. Auf den Einwand Wiegands, daß der deutsche Unterseeboot-Krieg doch nicht den erwarteten Erfolg erzielt habe, erwiderte Scheer: Das lag nicht an der Wirksamkeit der Waffe, sondern an der Unentschlossenheit unserer politischen Leiter, sich ihrer rechtzeitig zu bedienen, wodurch auch ein sachgemäßer Ausbau unserer Unterseeboot-Flotte hintangehalten wurde. Unsere Unterseeboot-Kriegführung wurde improvisiert und zwar mit durch die sonstigen Kriegserfordernisse stark beschränkten Mitteln. Auf die Frage, ob man nicht durch internationale Bestimmungen die Unterseeboot-Verwendung im Handel verhindern könne, erklärte Scheer, das hieße nur dem englischen Interesse dienen. Jede Marine baute jetzt Unterseeboote, nur der deutschen wird es verboten. Die Kunst des Unter-Wasser-Fahrens wird man für Kriegszwecke ebenso wenig aufgeben, wie man auf die Beherrschung der Luftfahrt verzichten wird. Die Art der Unterseeboot-Verwendung im Kriege wird daher immer eine Machtfrage sein. Ich glaube nicht, daß der Weg zu den